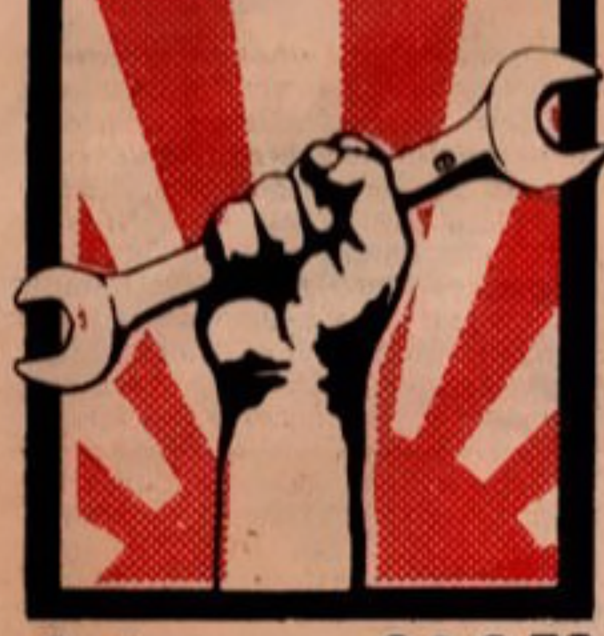
Vereint siegen – nicht getrennt unterliegen!





Jg. 6 26.8.76 *Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes*

Russel-Komitee gegen politische Unterdrückung in der BRD

Ende Juni dieses Jahres wandte sich die französische PSU (Vereinigte Sozialistische Partei) an linke Organisationen und demokratische Persönlichkeiten in Westeuropa mit dem Aufruf, nach der Art der früheren „Russel-Tribunale" ein internationales Komitee gegen die Repression in der BRD zu schaffen. Dieses Komitee soll „die internationale Mobilisierung" gegen die repressive Strategie der BRD-Regierung verstärken, die sich nicht nur in den B e r u f s v e r b o t e n, sondern ebenso „ im Verbot der Propagierung von Gewalt, in den Unvereinbarkeitsbeschlüssen der Gewerkschaften, in den Haftbedingungen und der Isolierhaft in den Gefängnissen usw." zeigt (aus dem Aufruf der PSU, zitiert nach AK 84).

Das Komitee, das seine Arbeit etwa Mitte September beginnen wird, soll allen demokratischen Kräften „ohne politische Ausschlüsse" offenstehen. Es sollen Untersuchungskommissionen eingerichtet werden und Informationen über den Abbau der demokratischen Rechte in der BRD gesammelt und veröffentlicht werden. Dazu soll ein zunächst zweimonatig erscheinendes Bulletin von den westdeutschen Genossen erstellt werden.

Wir rufen hiermit unsere Genossen, Leser und Sympathisanten auf, für eine möglichst breite Unterstützung dieses Komitees zu werben und insbesondere Persönlichkeiten der demokratischen Öffentlichkeit für eine Mitarbeit zu gewinnen.

Zwecks Herausgabe des Bulletins fand inzwischen ein Treffen von Vertretern des Sozialistischen Büros, des Kommunistischen Bund und der Gruppe Internationaler Marxisten statt. Dabei wurde beschlossen, daß Westberliner Aktionskomitee gegen die Berufsverbote, die Evangelische Studentengemeinde, den Frankfurter Informationsdienst sowie linke Sozialdemokraten zu bitten, ebenfalls an der Redaktion des Bulletins mitzuarbeiten. Die erste Ausgabe soll Anfang September erscheinen und wird auch in der BRD Interessierten zum Kauf angeboten werden.

Leitendes Gremium des Kommunistischen Bund

Zum Stand der Bewegung gegen die Berufsverbote

Die ausländische Kritik an der Berufsverbotepraxis in der BRD hat einen deutlichen Aufschwung der Bewegung gegen die Repression hervorgerufen. Die provokatorische Reaktion der Bundesregierung und der bürgerlichen Parteien in der BRD, die nach Nazi-Vorbild gegen die „antideutsche Stimmungsmache" hetzten und die Existenz von Berufsverboten glatt abstritten, hat diese Bewegung eher noch verstärkt. Auch wenn die SPD jetzt eine Übereinkunft mit den westeuropäischen sozialistischen Parteien erreichen konnte, die öffentliche Auseinandersetzung bis zu den Bundestagswahlen zu begraben, dürfte es ihr – im Inland und Ausland – schwer fallen, die Berufsverbote aus der Diskussion zu bekommen. Insbesondere die internationale Solidarität, die sich als wichtige Unterstützung für den Kampf in der BRD erwiesen hat, rechtfertigt es, von einer neuen Etappe der Bewegung gegen die Berufsverbote zu sprechen. Dabei stellt sich neben der Organisierung von Kampagnen zur Verbreiterung der Bewegung (insbesondere in der Phase des Bundestagswahlkampfs) verstärkt die Aufgabe, die Diskussion um die politisch-ideologische Ausrichtung zu führen.



Zum Stand der Bewegung gegen die Berufsverbote

Warum Berufsverbote in der BRD?

In vielen Analysen werden die Berufsverbote darauf zurückgeführt, daß mit der Studentenbewegung der 60-er Jahre ein relativ großer Teil fortschrittlicher Intellektueller in den Öffentlichen Dienst gelangt sei („*langer Marsch durch die Institutionen*"), der eine – zumindest potentielle – Gefährdung für den Staatsapparat darstelle. Hinzu komme eine „*Legitimationskrise*" der Sozialdemokratie aufgrund des „*Nachlassens der Integrationsmöglichkeiten durch ökonomische Erfolge*" („links", Nr. 73). „*Die Wirtschaftskrise (hat) den sozialen Konsensus erschüttert, auf dem die Integration der Arbeiterklasse beruht*" („Le Monde Diplomatique", (1)). Ähnlich äußert sich auch „il manifesto": „*Die ‚Eskalation'* (der Unterdrückung – Anm. AK) *ist ein präventives Instrument gegen eine mögliche linke Antwort auf die Krise, gegen eine Politisierung der arbeitslosen Arbeiter und Kurzarbeiter: eine Politisierung, bei der die Studenten, Lehrer, Sozialarbeiter, Mediziner etc. als Transmissionsriemen wirken könnten*" (2).

Die DKP-nahe „Deutsche Volkszeitung" sieht als zusätzliches „bedeutendes" Moment die „*Existenz einer legalen kommunistischen Partei*" seit 1968: „*Eine ungehindert wirkende DKP* (schien der Bundesregierung – Anm. AK) *als zu große Gefährdung sozialdemokratischer Integrationsstrategien, zumal die DKP mitgliedermäßig in kurzer Zeit relativ erstarkte*" („DVZ", 15.7.76).

Unseres Erachtens kann der „Radikalenerlaß" von 1972 weder als Reaktion auf eine erstarkende Linke noch als Ausdruck nachlassender Integrationskraft der Sozialdemokratie verstanden werden. Ein Blick auf die Wahlergebnisse der letzten Jahre in Bund und Ländern (DKP: unter einem Prozent!) beweist das ebenso wie der immer noch alles dominierende Einfluß der sozialdemokratischen Vorstände in den Gewerkschaften. Die Praxis des Staates zielt auch keineswegs darauf ab, alle Linken oder auch nur einen beträchtlichen Teil davon aus dem Staatsdienst zu entfernen. Der Verfassungsschutz selbst gibt die Zahl der im Öffentlichen Dienst beschäftigten Mitglieder „verfassungsfeindlicher" Organisationen weit höher an, als die Zahl der Berufsverbote-Fälle. Vielmehr geht der Staat nach der Taktik vor: **„Einen treffen und 20 weitere einschüchtern".**

Bezeichnenderweise wurden bisher a l l e Berufsverbote vor Gericht mit dem Beamtengesetz begründet. Diese Gesetze – die natürlich in der einen oder anderen Form in jedem kapitalistischen Staat bestehen, um das reibungslose Funktionieren des Apparats zu sichern – würden zu d i e s e m Zweck also völlig „ausreichen", wie Helmut Schmidt ganz richtig bemerkt. Wozu aber dann ein besonderer „Radikalenerlaß" ausgerechnet in der BRD, wo von den Linken z.Zt. eine sicher weitaus geringere Gefahr ausgeht, als in anderen westeuropäischen Ländern?

Wir meinen, daß die Berufsverbotepraxis nicht als defensive Reaktion des BRD-Imperialismus auf eine schwieriger werdende Lage, sondern als offensive Maßnahme im Sinne seiner weitreichenden Pläne begriffen werden muß. Hier geht es darum, ein politisches Klima der Friedhofsruhe im Innern zu schaffen, das es den Imperialisten ermöglichen soll, ihre europäischen Hegemonialbestrebungen durchzusetzen. Dabei blieb es der SPD vorbehalten, diese Politik mit der Parole „*Deutschland – Modell für Europa*" am treffendsten in nationalistische Wahl-Werbung umzusetzen.

Ähnlich verhält es sich mit dem sogenannten „Gewaltparagraphen" § 88a.

Selbstverständlich besaß die westdeutsche Bourgeoisie ebenso wie die französische, englische, italienische usw. schon vor der Verabschiedung dieses Gesetzes „ausreichende" gesetzliche Mittel, z.B. kommunistische Literatur verbieten zu lassen. Auch an der herrschenden Praxis hat sich seitdem nicht viel verändert. Dennoch tut der Paragraph ebenso wie der „Radikalenerlaß" seine Wirkung: massive Einschüchterung aller fortschrittlichen Menschen, Hetzkampagnen gegen die Linke in den Medien, Gesinnungsschnüffelei und Denunziantentum.

Dies sind die eigentlichen Z i e l e des staatlichen Vorgehens, nicht etwa Nebenwirkungen, „weil der SPD die Sache aus den Händen geglitten ist", wie Schmidt und Brandt jetzt glauben machen wollen. Das ist auch die Erklärung dafür, daß Berufsverbote völlig willkürlich gestreut gegen „ML"-er, Kommunisten, DKP-ler und linke Sozialdemokraten verhängt werden, ohne daß darin ein anderes System erkennbar wäre, als: „*von jedem etwas*". Damit soll ganz bewußt das Gefühl **„Jeden kann es treffen"** verbreitet werden. Die in der Tat völlig uneinheitliche Praxis sollte auch die Linken stutzig machen: Es ist ja keineswegs so, daß sich der Staat nur auf die „Gefährlichsten" (etwa Funktionäre linker Organisationen, Lehrer, die im Schulkampf besonders erfolgreich arbeiten etc.) konzentrieren würde.

Vielmehr sind die sich gerade in letzter Zeit häufenden Berufsverbote gegen Lokomotivführer, Gärtner, Bademeister usw. mit dem „Sicherheitsbedürfnis" der Kapitalisten ebensowenig zu erklären, wie mit der „Verselbständigung der Behörden" o.ä.

Es ist wichtig festzustellen, daß dies alles kein Zufall ist, sondern gewollt, um eine möglichst große Wirkung auf alle fortschrittlichen Menschen zu erzielen. Es ist daher absurd, wenn einige Gruppierungen immer noch versuchen „nachzuweisen", daß sich das Berufsverbot in Wirklichkeit nur gegen sie selbst richte, während andere Fälle nur Begleiterscheinungen seien. So zeugt es nur von der maßlosen Selbstüberschätzung der DKP, wenn die „DVZ" (s.o.) schreibt: „*Z i e l des Radikalenerlasses war es also ..., die DKP zu bekämpfen ... Die W i r k u n g der Berufsverbote ging (und geht) freilich weit über dieses Ziel hinaus*" (Hervorhebungen im Original). Dementsprechend pflegt die DKP Berufsverbote gegen links von ihr stehende Genossen in ihrer Massenagitation zu verschweigen (warum sollten wohl auch „vom Kapital bezahlte ultralinke Chaoten" unterdrückt werden?!).



Auf der anderen Seite legen die „ML"-er eine Propaganda an den Tag, die es geradezu als begrüßenswert erscheinen läßt, wenn sich der Staat der „sozialimperialistischen Agenten" entledigt, die sich in seinen Apparat „eingeschlichen" haben. Beide Formen des Sektierertums dienen lediglich als Rechtfertigung für die weit verbreitete Haltung, den Kampf gegen die Berufsverbote nur im Fall des eigenen Betroffenseins zu führen.

Berufsverbote und Illegalisierung

Bekanntlich überraschte Willy Brandt Anfang Juni mit der Erklärung, er habe dem „Radikalenerlaß" von 1972 nur deshalb zugestimmt, weil es sonst „*zu Verboten radikaler* (gemeint: „linksradikaler" – Anm. AK) *Parteien auf Initiative der CDU/CSU*" gekommen wäre (nach „Frankfurter Rundschau", 4.6.76). So müßte die Linke der SPD noch dankbar sein, daß sie eine neuerliche Anwendung des KPD-Verbots „verhindert" hat. Um diese kühne Auslegung glaubhaft erscheinen zu lassen, ist Brandt sicherlich der geeignetste Mann. Mit einem eleganten Schwung wird alles auf den Kopf gestellt. Es ist ja keineswegs so, daß die SPD nicht aus der Geschichte gelernt hätte, wie es oft von ehrlichen Demokraten beklagt wird. Vielmehr hofft sie auf die Vergeßlichkeit der Menschen. So waren Berufsverbote immer unmittelbare Schritte auf dem Weg zur Illegalisierung der Linken, zuletzt der „Adenauer-Erlaß" 1950 (KPD-Verbot: 1956). Damals stimmte die SPD-Opposition zu (nach: Berufsverbote-Broschüre des Sozialistischen Studentenbund, Hamburg, Juni 1973)! War das auch eine „Taktik", um das KPD-Verbot zu „verhindern"?!

Die DKP wie auch die „linken" Sozialdemokraten bedauern meist, daß sich die SPD-Führung von der CDU/CSU „unter Zugzwang" setzen lasse – eine Entschuldigung, die von der SPD nicht ungern gesehen wird, da sie der Theorie vom „kleineren Übel" Nahrung gibt. In diesem Zusammenhang ist es aufschlußreich, wie „linke" SPD-Prominenz, der „rote" Jochen Steffen, auf den Hamburger Senatserlaß (Vorläufer des „Radikalenerlaß" Ende 1971) reagierte. In einem Brief an den damaligen Hamburger Bürgermeister Schulz bemängelte Steffen, daß „*die jetzt für eine mögliche Krisensituation zu entwickelnden Instrumente* (!) *praktikabel und rechtsstaatlich lupenrein sein*" müßten. Gegenüber Brandt kritisierte Steffen das Vorgehen als „*unklug dem Zeitpunkt nach* (!) *und dem Problem nach unangemessen*". „*Durch diesen Beschluß provozieren wir eine unheilige Allianz radikaler Gruppierungen in unserer Gesellschaft mit vielen liberalen und rechtsstaatlich denkenden Mitbürgern*" (Brief an W. Brandt vom 3.12.). Hier ist von einem „unheilvollen Nachgeben" gegenüber der CDU/CSU nicht die Rede. Das „Krisenmanagement" gegen die Linke, mit dem Steffen grundsätzlich einverstanden ist, soll stattdessen gegen demokratischen Protest möglichst gut abgesichert sein. Derselbe Mann läßt sich übrigens gern in seiner eigenen Zeitung als „Radikaler" feiern. So etwa in einem Comic („das da", August 76 – J. Steffen ist Herausgeber dieser Zeitung), wo er im Falle einer CDU-Regierung nach dem 3.10. als „gefährlicher Untergrundkämpfer" dargestellt wird.

Ganz zu Recht bieten sich Brandt, Schmidt und Wehner den Kapitalisten mit schöner Regelmäßigkeit als erfahrene Kommunistenjäger an: „*Wenn irgendjemand, so wissen wir Sozialdemokraten, was die Auseinandersetzung mit den Anstrengungen des Kommunismus bedeutet, unseren demokratischen Staat auszuhöhlen*". Genau. (Das Zitat stammt aus einem Aufsatz Wehners wenige Tage vor der Verabschiedung des „Radikalenerlasses".)

Die internationalen Proteste

Ohne Zweifel waren es die Revisionisten, die als erste die Bedeutung internationaler Proteste gegen die Berufsverbote erkannten und am längsten in dieser Richtung arbeiten.

Klar ist aber auch, daß es gerade die Kritik der westeuropäischen Schwesterparteien der SPD war, die in den letzten Monaten die Berufsverbote-Diskussion auch in der BRD neu anfacht. Ein Fehler wäre es jedoch, diese (für die Linke günstige) Entwicklung Mitterand und den anderen Sozialistenführern als Verdienst anzurechnen. Tatsächlich waren diese erst aufgrund massiven Drucks der Öffentlichkeit und auch innerhalb ihrer Parteien bereit, zu den Berufsverboten Stellung zu nehmen. In Dänemark forderte ein Kongreß der Gewerkschaft der Kinder- und Jugendpädagogen (BUPL) „*die politischen Parteien auf, sich von den Einschränkungen der Demokratie in Westdeutschland zu distanzieren*" (4). In der niederländischen Partei der Arbeit stieß der Versuch der PvdA-Führung, die SPD zu verteidigen und die Berufsverbote zu beschönigen, auf massive innerparteiliche Kritik (5). Das „Aktionskomitee ‚Berufsverbot in der BRD'" warnte die PvdA, sie habe „*damit eine politische und moralische Dummheit begangen, die, wenn sie nicht korrigiert wird, die notwendigen progressiven Stimmen kosten könnte* (!)" (6).

Auch bei Mitterands umstrittener „Komiteegründung" ist fraglos klar, daß es sich dabei um eine (wie sich herausstellte, äußerst windige) Reaktion auf den anwachsenden Protest gegen die Berufsverbote in Frankreich handelte. Auf dem Parteitag der französischen Sozialisten (16.5.76) registrierte Mitterand „*schockiert*" Pfiffe bei der Erwähnung der SPD, die er vehement gegen die Kritik seiner Parteimitglieder in Schutz nahm („FR", 3.7.76). In der Folgezeit stellte die PS-Führung die „Komiteegründung" je nach Bedarf abwechselnd als „*Mißverständnis*" („Spiegel" 27/76) dar oder erging sich in durchsichtigen Formulierungen wie: „*Die Äußerung Mitterands über die Gründung eines Komitees für die beruflichen Rechte der Bürger in der BRD wird aufrechterhalten*" („die tat", 30.7.76). Das Komitee selber ist freilich bis heute „noch nicht aktiv geworden ..."

Daß sich die EG-Sozialisten einigen würden, „*bis zur Bundestagswahl am 3. Oktober nicht mehr von außen in die Diskussion einzugreifen*" („SZ", 2.8.), war daher absehbar. Im Oktober soll dann eine Kommission der sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Parteien eingesetzt werden, die die Regelungen für den Zugang zum Öffentlichen Dienst in den EG-Ländern vergleichen soll – ein Vorschlag der PS Frankreichs („die tat", 30.7.76), der die enge Kooperation dieser Partei mit der SPD unterstreicht. Verbucht doch die SPD damit einen Teilerfolg bei ihrer Taktik, „*unsere ausländischen Kritiker (sollten) den Mund nicht so voll nehmen, denn sie haben selbst genug zu verbergen*" („Vorwärts", 1.7.). Mehr als unverständlich ist es, wenn der Westberliner „Extradienst" das Ergebnis des Sozialistentreffens mit der Überschrift versieht: „*SPD-Schwesterparteien: Kein Nachgeben in der ‚Radikalen'-Frage*" („ED", 30.7.76). Abzuwarten bleibt allerdings, ob es den Parteiführungen gelingt, die Solidaritätsbewegung in ihren Ländern zum Verstummen zu bringen.

Anstrengungen verstärken!

Im Gegensatz zu den hierzulande weitverbreiteten „Einschätzungen" (etwa der DKP, des KBW und der „ML"er) gehen die ausländischen Komitees realistisch von der Schwäche der westdeutschen Linken aus. Daher sehen sie oft keine andere Möglichkeit als „von außen" Druck auf die SPD auszuüben – ein Unterfangen, das von ihnen selbst allerdings zu recht pessimistisch beurteilt wird. Das Entscheidende ist unseres Erachtens jedoch, daß die internationale Solidarität durch politische und moralische Unterstützung einen wesentlichen Beitrag zum A u f b a u einer breiteren Bewegung in der BRD selbst leisten kann und sollte. Ein Aspekt dabei ist sicherlich auch die Wiederbelebung der innerparteilichen Kritik in der SPD, die ja praktisch auf dem Nullpunkt angekommen ist. Man muß sich aber darüber im klaren sein, daß sich die Bewegung gegen die Berufsverbote nur außerhalb und unabhängig von der SPD entwickeln kann und aufgrund des ungünstigen Kräfteverhältnisses einen „langen Atem" braucht. (Was das letztere angeht, sollte man überlegen, den 28. Januar – Jahrestag des Ministerpräsidentenerlasses – in den westeuropäischen Ländern zu einem jährlichen Kampftag gegen die Berufsverbote zu machen).

Zu diesem Ziel muß auf internationaler Ebene eine möglichst enge Zusammenarbeit, ein intensiver Erfahrungsaustausch und eine offene, solidarische Diskussion aller politischen Fragen zwischen den Protestbewegungen der verschiedenen Länder hergestellt werden. Deshalb unterstützt der Kommunistische Bund die von der französischen PSU angeregte Bildung eines internationalen „Russell-Komitees" gegen die Berufsverbote und die Repression in der BRD.

Die PSU schreibt in ihrem Vorschlag: „*Wir weisen nachdrücklich auf die Tatsache hin, daß die Berufsverbote Teil einer globalen Strategie der BRD-Regierung sind, die darauf ausgerichtet ist, von jetzt an alle Versuche der Arbeiterklasse auf politische Organisierung zu liquidieren. Diese repressive Strategie zeigt sich genauso im Verbot der Propagierung von Gewalt, in den Unvereinbarkeitsbeschlüssen der Gewerkschaften, in den Haftbedingungen und der Isolierhaft in den Gefängnissen...*" (zitiert nach ARBEITERKAMPF Nr. 84).

Gerade im Hinblick auf die Notwendigkeit eines langfristigen Kampfes halten wir die Betonung dieses Zusammenhangs für außerordentlich wichtig, ohne freilich die Anerkennung dieser Einschätzung in sektiererischer Weise zur Vorbedingung eines gemeinsamen Vorgehens mit anderen demokratischen Kräften zu machen. Dabei kommt den DGB-„Extremistenerlassen" (Unvereinbarkeitsbeschlüsse) eine bedeutende Rolle zu. Sie zeigen exemplarisch die Rolle der Sozialdemokratie als „Radikalenjäger" in den Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung auf.

Die PSU schreibt weiter, das zu bildende Komitee soll „*dazu imstande sein, Initiativen zu ergreifen, um über das sicher wichtige Stadium der Petitionskampagnen hinauszugehen*". Erste Schritte zu einer solchen Weiterentwicklung müßten unseres Erachtens die Aufnahme einer umfassenden Informationsarbeit und Diskussion und die Organisierung von Massenaktionen zu aktuellen politischen Anlässen.

Aktionseinheit statt Spaltung!

Die Zersplitterung der westdeutschen Linken wird im Ausland – wie es scheint, mit einigem Unverständnis – vermerkt. „*Selbst gegen den Radikalenerlaß, der sie doch alle in gleicher Weise betrifft, gelingt es der außerparlamentarischen Linken nicht, sich zusammenzuschließen*" (1). In einem „Extradienst"-Interview fordert ein italienischer Berufsverbote-Gegner zur „*Gründung eines Nationalen Komitees bei Euch*" auf, „*in dem alle mittelbar oder unmittelbar betroffenen Gruppen, also alle Fraktionen der demokratischen Bewegung vertreten wären*" („ED", 13.7.76). Viele ausländische Äußerungen gehen in eine ähnliche Richtung.

In letzter Zeit (genauer gesagt: seit dem Anti-Repressions-Kongreß zu Pfingsten) sieht sich auch die DKP genötigt, dringend vor einer Spaltung der Protestbewegung gegen die Berufsverbote zu „warnen".

Die Revisionisten möchten gern mit den Teilnehmern des Anti-Repressions-Kongresses ins Gespräch kommen, fügen aber gleich offenherzig hinzu, daß eine Diskussion mit den Veranstaltern (SB) oder gar mit „Baader-Meinhof-Anwälten", „Maoisten" oder „Spontis" für sie überhaupt nicht zur Debatte steht („sozialistische Korrespondenz", Juli '76).

Trotz der wohlklingenden Parole „*Alle gemeinsam gegen die Berufsverbote*" ist die DKP selbst mit ihren Abgrenzungsbeschlüssen (These 41) gegen alle links von ihr stehenden Gruppen hauptverantwortlich für die Spaltung der Protestbewegung.

- Sie verlangt die totale Übernahme ihrer Position, daß der Kampf gegen die Berufsverbote in einer platten Verteidigung des Grundgesetzes bestehen müsse.
- Sie weigert sich, den Protest auf die DGB-Unvereinbarkeitsbeschlüsse als eine der wichtigsten Folgen des „Radikalenerlasses" auszudehnen, sondern unterstützt vielfach selbst Gewerkschaftsausschlüsse gegen linke Kollegen.
- Sie geht sogar so weit, anderen Linken die Solidarität gegen ein Berufsverbot zu verweigern.

Es liegt auf der Hand, daß dieses Sektierertum die Schwäche der westdeutschen Protestbewegung mit bedingt und Interesse der Sache überwunden oder zurückgedrängt werden muß.

Das Entscheidende dabei ist es, daß sich die linken Organisationen verpflichten, ausnahmslos jeden fortschrittlichen Kollegen oder Genossen gegen Berufsverbot und Repressionen zu verteidigen und a l l e n Betroffenen gleichermaßen Solidarität zukommen zu lassen.

Die ausländische Presse ist zitiert aus der Broschüre „Berufsverbote – Stimmen der internationalen Presse/Berichte und Analysen", herausgegeben vom „Aktionskomitee gegen Berufsverbote an der Freien Universität Berlin" und vom „Komitee zur Verteidigung Demokratischer Grundrechte":

(1) „Le Monde Diplomatique", 2.4.76
(2) „il manifesto", 19.11.75
(3) entfällt
(4) „Berufsverbote – Stimmen der internationalen Presse", S. 42
(5) „De Nieuwe Linie", 31.3.76
(6) „De Volkskrant", 6.3.76

IMPRESSUM:
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers;
Rutschbahn 35, 2000 Hamburg 13
Erscheinungsdatum: 26.8.76
Auflage: 20.000